

beider Länder vergleicht, stellt man ungeheure Unterschiede fest. Dies dann im einzelnen nachzuvollziehen kann, denke ich, nachher sehr spannend sein.

Ich will, weil Sie von dem Besuch im Oktober sprachen, nur kurz erzählen, daß Sie mir gestern abend berichteten, daß Sie in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit Günther Särchen hatten, der in dieser Runde vielleicht einmal erwähnt werden soll. Er ist ein deutsch-polnischer Aktivist aus Magdeburg, der das Anna-Morawska-Seminar geleitet hat. Ludwig Mehlhorn hat gewissermaßen dann von ihm die Fäden übernommen. Er hat im Versöhnungsprozeß zwischen der DDR, und zwar nicht der offiziellen DDR, und Polen eine große Rolle gespielt. Es gab dann ein Gespräch, dessen Ergebnis zeigt, daß Herr Wiczorek einen weitaus größeren Weitblick hatte als viele von uns in der DDR, indem er sagte: Wenn das so weitergeht, wird die Einheit schnell kommen. Eine Demokratie ohne deutsche Einheit gibt es in der DDR nicht. Demgegenüber waren viele von uns der Meinung, dies wäre zumindest im Augenblick international anders kaum verkraftbar.

Herr Dr. Hajnicz, Sie sind der nächste; wir bitten Sie um Ihre Ausführungen.

Dr. Artur Hajnicz: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, ich werde meinen Botschafter hier vielleicht denunzieren. Ich sagte ihm während der Pause, daß ich mich in einer schwierigen Lage befinde, weil hier vor mir schon alles gesagt wurde. Was soll man jetzt noch ausführen? Daraufhin sagte er mir: Sag das Entgegengesetzte. Also werde ich versuchen, das Entgegengesetzte zu sagen.

Wir hörten eben etwas über die Ursachen. Um etwas über die Folgen zu sagen, muß ich noch etwas über das Wesen der Solidarnosc ausführen, also darüber, worin das Spezifische der Solidarnosc besteht. Darüber wurde eigentlich auch schon vormittags viel gesagt. Die Unterschiede zwischen dem Prager Frühling und der Solidarnosc sind sehr tief und weitgehend. Schon Mlynar sagte, daß der Prager Frühling der letzte Versuch einer Verbesserung, einer Reform, des kommunistischen Systems war. Er ist gescheitert. 35 Jahre lang wurden doch viele Versuche unternommen, das System zu reformieren. Alle waren gescheitert, mehr oder weniger, schneller oder langsamer, so oder anders. Man mußte sich auch die theoretische Frage stellen, ob das System überhaupt reformierbar ist, ob es wirklich einen Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz geben kann. Die Antwort ist negativ. Man könnte es so erklären: Das Schlimmste am Kommunismus steckt nicht in dem Schlimmen, im Terror, in den Gefängnissen oder in der Mißachtung der Menschenrechte; das kann man alles hinnehmen. Das Schreckliche steckt vielmehr im Guten, das der Kommunismus gemacht hat und das man nicht entbehren will. Das Gute ist mit seinem Wesen ganz eng verbunden. Das ist das Malheur; darin steckt das Schlimme. Denn z. B. die Sanatorien oder die Kindergärten, also das Schöne, muß man jetzt entbehren. Das gilt auch für die Staatsbetriebe, in denen man arbeiten kann, aber nicht unbedingt effektiv und gar nicht intensiv. Es sind

staatliche Betriebe, und sie fallen sowieso nicht; sie existieren weiter. Es geht, und es geht nicht, und nichts geht.

Die Solidarnosc funktionierte im Vergleich zum Prager Frühling von Anfang an außerhalb des Systems und gegen das System. Woraus resultierte das? Der Kommunismus beruht auf einem vielseitigen Monopol und stützt sich darauf. Das ist das Monopol der Macht, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Information. Der Einzelmensch ist in all seinen Leistungen gänzlich auf den Staat angewiesen und vom Staat abhängig. Er schickt seine Kinder in die Staatsschule; wenn er Einkäufe macht, kauft er beim Staat, und wenn er arbeitet, arbeitet er beim Staat. Er ist also ganz von diesem Staatsmoloch abhängig und auf ihn angewiesen.

In der Solidarnosc entstand eine unabhängige, selbständige Gewerkschaft, die vom Staat, von der Partei und vom System unabhängig war. Das zersetzte das ganze System. Eine unabhängige Gewerkschaft war die erste von 21 Forderungen, die die Arbeiter auf der Lenin-Werft erhoben. Alle, die Regierenden, die Machthaber und die Intelligenz, wußten, daß das im Grunde genommen eine Änderung des Systems war.

Nach dem Entstehen der Solidarnosc tat sich eine Bresche auf. Während eines Monats, nämlich des Monats September, sind in diese Bresche 10 Millionen Polen hineingekommen, weil sie nicht mehr abhängig vom Staatsmoloch sein wollten. Diese Bresche war so kolossal groß, daß der Staat nicht weiter funktionieren konnte. Die Bresche vergrößerte sich und verdrängte die Partei, das Staatspartei-system, von allen Positionen weiter und weiter. Das System wurde völlig entblößt und konnte nicht mehr funktionieren.

Dann wurde der Kriegszustand verhängt. Man versuchte, diese Bresche zu stopfen. Aber dies war nur unter einer Bedingung möglich: wenn unter dem Dach und hinter dem eisernen Gitter des Kriegszustandes eine wirklich effektive Reform eingesetzt hätte. Das war von Anfang an unmöglich. Es ist gescheitert; es mußte scheitern. Dann suchte man den Ausweg beim Runden Tisch.

Die Solidarnosc hatte also in den Jahren 1980/1981 und später bis 1989 das System in seinem Wesen zersetzt. Dabei bewies die Bewegung eine bewundernswürdige Einheit. Nach 1989, nach der Machtübernahme, wollte man das kommunistische System ersetzen. Es genügte nicht, daß man es zersetzte; man mußte es ersetzen. In den folgenden vier spannenden, für die polnische Geschichte sehr wichtigen Jahren ist das eigentlich gelungen. Aber bei der Ersetzung des Systems ist die bewundernswürdige Einheit der Solidarnosc, das sogenannte Ethos der Solidarnosc, auf eine beschämende Weise zerbröckelt. Aber das ist schon die weitere Geschichte.

Jetzt kommen wir vom Wesen zu den Faktoren. Das Wesen der Solidarnosc ist also die Zersetzung des Monopols und des Systems. Dies bestimmte die Beziehungen zur DDR und im allgemeinen die Haltung zur deutschen Frage.

Dies bestimmte die Haltung gegenüber der Entspannungspolitik der 80er Jahre und auch die Erwartungen der damaligen Opposition und des neuen Systems gegenüber dem Westen. Sehr wichtig war natürlich die Haltung zur deutschen Frage. Wenn man das kommunistische System nicht mehr reparieren und nicht mehr verbessern konnte – die DDR war eigentlich von Anfang an nur ein Systemstaat; ohne System wäre sie entbehrlich –, dann bedeutete das, daß die Solidarnosc in einem prinzipiellen Gegensatz zur Existenz des Staates stand. Das wurde vor allem und am besten von Honecker und seinen Leuten gesehen. Sie begriffen das. Sie sahen, es entstand eine wesentliche, eine schreckliche Gefahr für die Existenz nicht nur des Systems, sondern auch des Staates. Man sprach hier mehrmals von der negativen Stellungnahme der DDR-Machthaber zu den Reformversuchen. Gegenüber der Solidarnosc war die Feindlichkeit sehr groß, weil die Gefahr bestand, daß ohne (ein kommunistisches) Polen auch eine DDR nicht existieren konnte.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Strategisch nicht!)

Die Solidarnosc wollte in den Jahren 1980 und 1981 keine Außenpolitik betreiben. Das wäre in dieser Zeit ein neuer Konfliktpunkt gewesen. Wir haben beschlossen, in der Wochenzeitung von Solidarnosc keine außenpolitische Abteilung zu haben. Wir haben überhaupt keine außenpolitischen Aufsätze gedruckt und veröffentlicht. Wir wollten uns also nicht damit beschäftigen, damit keine neue Front und keine neuen Konflikte entstehen.

Aber nach der Verhängung des Kriegszustandes wurden wir dazu gezwungen, weil das erste, das Wichtigste, war, der Weltöffentlichkeit zu sagen, daß es nicht wahr ist, daß es völlig gelogen ist, daß die Solidarnosc erledigt ist und daß es schon alles sehr gut gelungen ist, daß die ganze große Bewegung nicht zersetzt und erledigt ist. Das war von Anfang an eine Lüge. Aber diese Lüge wurde von vielen mit Genugtuung gehört und sogar angenommen, auch in Deutschland. Man mußte das sagen, und man mußte Kontakte knüpfen, um zu betonen: Nein, das ist nicht wahr. Das war auch für die innenpolitische Lage und für den Kampf wichtig, der im Untergrund unter ganz neuen Bedingungen begonnen wurde.

Es war eine Aufgabe, in Frankreich, den Vereinigten Staaten und England von der Existenz der Solidarnosc zu berichten. Aber gegenüber Deutschland entstand eine viel schwerere und wichtigere Aufgabe. Es handelte sich um eine neue Politik, um eine alternative Politik im Gegensatz zu der, die bis dahin betrieben wurde. Schon Anfang der 80er Jahre wurden in den polnischen Oppositionskreisen Vorstellungen dahingehend geäußert, daß man die Haltung gegenüber der deutschen Frage und der deutschen Politik neu gestalten soll. Im Gegensatz zum offiziellen Standpunkt haben wir die deutsche Frage als offen betrachtet. Das bedeutet, wir haben es so gesehen, daß die Frage der deutschen Einheit eine Frage der Deutschen ist, daß das deutsche Volk das Recht hat, diese Frage selber auf demokratische Weise zu beantworten. Unsere Formel,

unsere These, war, daß die deutsche Frage als offen zu betrachten ist. Aber die Grenzfrage sollte gleichzeitig als erledigt und abgeschlossen anerkannt werden.

Schon im Jahre 1983 haben wir diese Überlegungen und auch die Perspektive der Anerkennung der deutschen Einheit der deutschen Seite vorgelegt. Im Juni 1983 hat man diese Vorschläge auch im Auswärtigen Amt gehört. Der Gesprächspartner war damals Dr. Alois Mertes. Im September wurden diese Thesen auch schriftlich bestätigt.

Warum betrachtete die Elite der Solidarnosc die Einheit Deutschland als eine aktuelle Frage der 80er Jahre und nicht als eine Frage für die Urenkel?

Erstens. Es ging vor allem um die Befreiung Polens von der sowjetischen Umzingelung. Polen war ein Innenstaat im Satellitensystem. Ohne die Einheit Deutschlands konnte man diese Umzingelung, diesen Käfig, nicht aufbrechen.

Zweitens ging es um eine geopolitische Annäherung an den Westen, an seine wirtschaftliche und militärische Struktur.

Drittens. Die große Wende bezüglich des Hauptziels der Außenpolitik der Solidarnosc, also der Opposition, bestand darin, daß man die bisherige östliche Option in eine okzidentale änderte. Das war das strategische Hauptziel der polnischen Opposition. Ohne Deutschland wäre das unmöglich. Eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland war also immer ein Teil und eine Vorbedingung der neuen Politik der okzidentalen Wahl.

Wir waren damals natürlich – das möchte ich mit Verbitterung hinzufügen – etwas naive Optimisten. Wir haben den kurzichtigen Egoismus in Westeuropa und den kleinkarierten Opportunismus europäischer Bürokratien unterschätzt. So rief man z. B. wegen ein paar erbärmlicher Groschen im Handel mit Weichselkirschen ein paar Wochen vor den Wahlen eine allgemeine Empörung aller polnischen Bauern hervor. Der künftige Ministerpräsident Waldemar Pawlak sagte offen im Fernsehen, daß das eine wichtige Ursache dafür war, daß er von den Bauern so viel Stimmen bekommen hat.

Noch ein paar Bemerkungen zur Entspannungspolitik. Hier wurde schon sehr viel darüber gesagt; ich muß leider noch etwas hinzufügen oder vielleicht etwas wiederholen, was schon gesagt wurde. Mein Nachbar sagte, daß die Entspannungspolitik eine positive Rolle gespielt hat. Ja, das stimmt. Man soll vor allem die große historische Bedeutung der neuen deutschen tapferen Ostpolitik Ende der 60er Jahre nochmals hervorheben und unterstreichen. Natürlich waren die Ostverträge etwas sehr Wichtiges und Hervorragendes. Aber schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und vor allem in den 80er Jahren unterlag diese Entspannungspolitik einer wesentlichen Entartung. Timothy Garton Ash schreibt in seinem Buch von einem Stabilitätsgebot.

Ich würde hier von einem höchsten Entspannungsgebot sprechen. Wer gegen dieses Entspannungsgebot verstößt, ist ein elender und naiver Sünder.

(Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ein Romantiker!)

Horst Ehmke bezeichnete die Leute der Solidarnosc in den 80er Jahren sogar nicht als Oppositionelle, sondern etwas verächtlich als Dissidenten. Worum geht es ihnen eigentlich, fragt er. Es handelt sich bloß darum – so sagt Ehmke –, daß die Urenkel etwas mehr Freiheit genießen; das sei alles; deshalb werde gegen das höchste Gebot der Entspannungspolitik verstoßen. Das wurde im November 1985 geschrieben, als nicht nur der Westen, sondern sogar die Sowjets die Bedeutung der polnischen Opposition nicht mehr leugnen konnten. Es war nicht nur innenpolitisch wichtig. Ich meine, daß man vor allem in bezug auf Deutschland manche Vorschläge und manche Ideen besser hätte vorbereiten können, wenn man bessere Kontakte gehabt hätte, wenn man keine Berührungsangst gegenüber der Opposition gehabt hätte. Ich könnte behaupten, daß man manche Schwierigkeiten und Fehler, die in den Jahren 1989 und 1990 begangen wurden, hätte vermeiden können.

Es handelte sich hier nicht nur um mehr Freiheit für die Enkelkinder und nicht nur um Menschenrechte. Das kommunistische System war einfach nicht lebensfähig, und die Leute, die darin steckten, haben ihre zivilisatorische Position von Jahr zu Jahr verloren. Es war noch ärger: Nicht nur mit der Wirtschaft ging es immer mehr bergab; es wurden vielmehr soziale Strukturen zerstört. Der Einzelmensch war auf den Staatsmoloch angewiesen. Dadurch wurde er seiner schöpferischen Kraft beraubt. Es war so, wie Friedrich Schiller in der „Glocke“ schreibt: „Er verlor den Mut zum Wetten und Wagen, das Glück zu erjagen.“ Das Unglück besteht darin, daß der Mensch ohnmächtig ist. Wir sehen in den neuen deutschen Ländern, wir sehen in Rußland, wir sehen in weiten Gebieten in Polen, daß viele Leute, die Mehrheit, ohnmächtige Menschen sind. Sie wurden der Verantwortung für sich selber beraubt.

Ich fürchte sehr, daß man heutzutage, wenn man von diesen Problemen und von den sozusagen einseitigen Einschätzungen redet, was gut und was schlecht ist, was für Europa gut oder schlecht ist – Timothy Garton Ash hat in seinem Buch geschrieben, daß der Begriff „Europa“ einseitig und egozentrisch gesehen wurde-, in einer anderen historischen Lage doch wieder denselben Fehler macht, wenn man den mitteleuropäischen Staaten einen Anteil an einer Partnerschaft, an europäischen Strukturen, an westlichen Sicherheits- und Verteidigungssystemen verweigert (Beifall). Das ist in einer neuen Lage eine Wiederholung der schon bekannten Fehler. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen ganz herzlich, auch für die zwischendurch immer wieder geäußerten Bezüge auf ganz aktuelle Fragestellungen. Ich denke an EG und NATO. Das Stichwort „Weichselkirschen“ sollte uns nachdenklich machen, insbesondere wenn es um die Außenpolitik Deutschlands geht. Für mich war erstaunlich, daß es

schon in den frühen 80er Jahren die Überlegungen in der Solidarnosc gab, die eben hier dargestellt worden sind.

Ich möchte die Stafette an den nächsten Redner weitergeben, Ludwig Mehlhorn. Vielleicht kannst du auch die Frage beantworten, inwieweit du selbst Bekanntschaft mit diesen Überlegungen und Thesen hattest. Denn das, was in Polen diskutiert worden ist, hätte für unsere Diskussion in der DDR-Opposition durchaus eine Rolle spielen können.

Ludwig Mehlhorn: Ich werde gerne darauf eingehen. Ich denke, es hat tatsächlich eine Rolle gespielt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mir aus dem vorgegebenen Thema einen Unterkomplex herausgegriffen: Solidarnosc einschließlich ihrer Vorgeschichte und ihre Auswirkungen auf die DDR: Wie ist auf die polnischen Ereignisse 1980/81 reagiert worden? Ich möchte zwischen Ad-hoc-Reaktionen und längerfristigen Auswirkungen unterscheiden. Ich will in der DDR drei Ebenen unterscheiden: erstens Partei und Staat, zweitens die Gesellschaft, drittens die Opposition. Sie bekommen auf diese Weise eine Matrix von 3 x 2 Feldern, in die ich bestimmte Fakten, Beobachtungen und Reflexionen hineingebe. Es erübrigt sich, zu sagen, daß es fließende Übergänge gibt. Um den Preis dieser Holzschnittartigkeit werde ich versuchen, die vorgegebenen zehn Minuten nicht zu überschreiten.

Kurzfristige Reaktionen, zunächst auf der Ebene von Partei und Staat. Hier brauche ich nur auf die Dokumente zu verweisen, die Professor Wilke, Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität, herausgegeben hat. Dort ist das alles säuberlich aufgeführt. Die SED hat mit sicherem Instinkt sofort die Bedrohung erkannt, die von der Solidarnosc für ihre Machtbasis ausging. Bereits Ende September 1980 legte Axen dem Politbüro eine Analyse vor. Der PVAP wird darin u. a. vorgeworfen – ich zitiere aus diesem Katalog –: Negieren der konterrevolutionären Kräfte, rückwärtsgerichtete Fehlerdiskussion, Isolierung von den Massen, Duldung der Kirche als einem zweiten Zentrum der Macht, Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, Deformierung der sozialistischen Demokratie in Richtung einer bürgerlichen Gewaltenteilung, Verletzung des Prinzips der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Aktionslosigkeit und Kapitulantentum, Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit Nationalismus, Antisowjetismus und Revisionismus. Das geht eine ganze Weile so weiter.

Noch vor der offiziellen Zulassung der Solidarnosc im November 1980 definierte die SED die Ereignisse als Konterrevolution. Sie schätzte die Lage in Polen schlimmer als 1968 in der CSSR, schlimmer als unter Dubcek ein. Ende Oktober 1980 beschloß die SED, den seit 1971 mit Polen bestehenden visafreien Reiseverkehr einseitig „zeitweise auszusetzen“. Nach der Registrierung der „Solidarität“ im November wollte Honecker selbst auf das Blutvergießen als letztes Mittel nicht mehr verzichten, „wenn die